

# Siebenbürger Wochenblatt.

Mit allergnädigster Bewilligung.

Nro. 77.

Kronstadt, 24. September

1846.

Der Fiscal-Kanzlist Joseph Szentpáli ist zum dritten Directoral-Fiscalen höchsten Orts ernannt worden.  
Der königl. Fiscal-Kanzlist Ludwig v. Jancsó ist zum Fiscal-Directorats-Registrator ernannt worden.

## Landtagsnachrichten.

Dritte Landtags-Sitzung am 12. Sept. Gegenstand: Die Redaction der Landtags-Protocolle und Schriften, so wie des Magazins der Reden, und die Vorkehrungen zu deren Prüfung und Drucklegung.

Sr. Excellenz der Präsident nahm unter Lebehochrufen seinen Sitz ein und ließ sofort das über die zweite Sitzung verfaßte Protocoll auflesen: wobei sich nur einige unwesentliche Bemerkungen ergaben. Hierauf trug der Präsident vor, daß, da das k. Subernium mit den Landtagsverhandlungen bekannt sein müsse, es nach dem Vorgang der letzten Landtage und nach dem diesfälligen Beschlusse des 1837er Landtags nothwendig sei, ein Par des Protocolls dem k. Subernium mitzutheilen: was zum Beschlusse erhoben wurde.

Ferner forderte der Präsident die Stände auf, sich über den an der Tagesordnung stehenden Gegenstand zu erklären.

Der eine Deputirte des Fogarascher Districts. Da im vorigen Beschlusse auf den Vorgang des vorigen Landtags berufen werde, möge dies auch bezüglich des zu verhandelnden Gegenstandes geschehen und auch dermalen eine aus 35 Mitgliedern bestehende Deputation aus der Mitte der Stände gewählt werden, welche die Prüfung des in 3 Theile zerfallenden Protocolls unter sich auftheilen solle. Was den Druck des Protocolls anbelange: so sei es im letzten Landtage der Prüfungsdeputation zur Pflicht gemacht worden, mit den Buchdruckereien diesfall überein zu kommen; man könne auch jetzt dies Verfahren einhalten. Sollte sich aber kein Druckereieigenthümer dazu finden, den Druck auf eigne Kosten zu unternehmen, so möge der Präsident ersucht werden, die Drucklegung der Landtagschriften auf Landeskosten zu vermitteln. Die beiden Theile des Protocolls, nämlich das durch den Protonotar verfaßt werdende kurze Protocoll und die Landtagschriften hielten sich schon von selbst; aber in Betreff des dritten Theiles nämlich des Magazins der Reden sei eine umsichtiger Vor-

kehrung nöthig, und glaube der Redner, man solle den Präsidenten ersuchen auch diesen Theil des Protocolls zum Druck bringen zu lassen. Daß die Herausgabe desselben durch einen Privaten nicht zweckentsprechend sei, beweise der letzte Landtag. Man werfe die Frage auf; ob das Nebenmagazin nothwendig sei oder nicht? es sei nothwendig, denn dies enthalte die Debatte über die Verhandlungsgegenstände, ohne dasselbe könne man mit dem Gang früherer Landtage nicht bekannt werden; die Wichtigkeit der Landtagsjournale werde auch, abgesehen von andern constitutionellen Staaten, im Schwesterreiche Ungarn anerkannt, wo über die Verhandlungen beider Tafeln erschöpfende Nebenmagazine verfaßt würden. Von der andern Seite verdiene das Nebenmagazin auch in der Hinsicht vorzügliche Berathung, weil, wenn es unterbliebe, der größere Theil der auf dem Landtag gehaltenen Reden in das Landtagsprotocoll aufzunehmen, von den Rednern verlangt werden würde, was bei Auflesung des Protocolls viele Zeit raube und die Verhandlungen des Landtags ungemein aufhalte.

Der eine Klausenburger Deputirte unterstützt den Antrag, das Nebenmagazin auf Landeskosten drucken zu lassen, bis dies aber geschehe, halte er für nöthig, eine Subscription zu eröffnen und wenn dadurch die erforderlichen Kosten nicht gedeckt würden, könne den Rest die Landescaße leicht decken. Uebrigens halte er, durch frühere Beispiele gewöhigt, dafür, es sollten die Unterschriften gleich einem Contract verbindlich sein. Er erwähnt ferner, daß dermalen ein Schnellschreiber Johann Lukács, Tafelbeisitzer des Zalaer Comitats, in Klausenburg anwesend sei, welcher an der Redaction des Landtagsjournals von Ungarn theilhaftig gewesen und im Eisenburger und Zalaer Comitats die Schnellschreibekunst mit gutem Erfolg öffentlich gelehrt habe; übrigens werde derselbe das Nebenmagazin billiger liefern, da er nicht bloß auf das hieraus zu hoffende Einkommen angewiesen sei.

Ein Regalist. Zuerst solle man das Gutachten der Deputation über die Art und Weise der Redaction und Herausgabe der Landtagsprotocolle abwarten und erst dann weiter darüber berathen.

Ein Deputirter des Koloscher Comitats. Man könne etwa im allgemeinen beschließen, den Präsidenten zu ersuchen, die Redaction des Journals in einer ihm anpassend erscheinenden Weise zu vermitteln. Von einer Subscription erwarte er nichts, doch möge man sie versuchen.

Ein Regalist. Der Antrag des Klausenburger Deputirten verdiene Berücksichtigung, da es sich treffen könne, daß die Vermittlung der Bestreitung der Unkosten aus der Landescaße mit Zeitverlust verbunden sei, damit auch, bis dies geschehn könne, das Redemagazin ins Leben trete; in so weit unterstütze er die Subscription, glaube aber übrigens, daß die Regierung die Uebernahme der Kosten auf die Landescaße nicht füglich verweigern dürfte. Wir wissen, sprach er weiter, daß in ältern Zeiten alle Landtagschriften auf Landeskosten gedruckt und den Landtagsmitgliedern unentgeltlich ausgehelt wurden; von diesem Gebrauch ist nur der 1834er Landtag abgewichen, und hat dagegen die Drucklegung des Protocolls und der Landtagschriften auf Privatkosten eingeführt. Da aber nach der Erfahrung das Protocoll und die Landtagschriften sich emporhalten, das Redemagazin dagegen nicht, so scheint mir der Wunsch der Stände ganz angemessen, dies auf Kosten des Landes herauszugeben, wie es auch in andern Ländern mit dem Landtagsjournal geschieht. Selbst in den kleinern deutschen Staaten kommt das Landtagsjournal auf mehre tausend Thaler zu stehn, und man hält es für viel zu wichtig, als daß man nicht einige tausend Thaler dafür opfern sollte. Wenn in diesem Saale auch nicht alles interessant sein wird; so wird doch, wenn das Journal ausführlich verfaßt wird, wenigstens die Nachwelt ein Document darüber besitzen. Es ist möglich, daß die Subscription in der Hoffnung, es werde das Journal auf öffentliche Kosten erscheinen, nicht sehr bedeutend ausfallen wird, deshalb ist es aber doch gut, die Subscription zu versuchen.

Ein Deputirter von Unterallba. Er glaube nicht, daß auf dem Wege der Subscription das Redemagazin zu Stande kommen werde; wolle die Regierung die Stände unterstützen, so werde sie nicht verlangen, daß sie die Hälfte der Unkosten, die andre Hälfte aber die Stände tragen sollten. Der Redner wünscht den Präsidenten zu eruchen, diesfalls die nothigen Schritte frei und ohne alle Weisung zu thun. (Beifall.)

Präsident: Bezüglich des Redemagazins übernehme er mit Vergnügen die Aufforderung, und um diesem Vertrauen zu entsprechen, werde er das möglichste thun; mit welchem Erfolg wisse er freilich nicht. (Er lebe) die Besorgung der Drucklegung der beiden andern Theile wünsche die Mehrheit der Prüfungsdeputation zu überlassen.

Der eine Udoarhelyer Stuhldeputirte. Wie sehr die Stände für die Deffentlichkeit seien, hätten sie in dem eben gefaßten Beschlusse dargethan, auch seine Sender seien gleicher Ansicht, doch wünschten sie eine solche Deffentlichkeit, daß alle, welche in diesem Saale nicht gegenwärtig sein könnten, so schnell als möglich von den Verhandlungen in Kenntniß gesetzt werden mögen. In welcher Art das Journal immer abgefaßt werde, so könnten die Verhandlungen nicht so schnell zur Kenntniß seiner Sender gelangen, als dieselben es wünschten, denn wenn sie die Landtagsverhandlungen nur erst nach 3—4 Wochen erfahren, so sei dies eben so, als ob sie von der Ausübung ihres Rechtes, in die Beratungen des Landtags Einfluß zu nehmen, ausgeschlossen würden. Zur Erreichung dieses

Zweckes sei ihm von seinen Sendern aufgegeben worden, auf Herausgabe einer Landtagszeitung anzutragen, deren Redaction auch einer der Redacteurs der bereits bestehenden Zeitungen übernehmen werde, weil dieselbe ihres Interesses wegen nicht nur hier sondern auch in Ungarn Abnehmer fände; sie würden es aber nur gegen die Versicherung einer solchen Freiheit, wie sie der Redner beantrage, übernehmen; nämlich die Zeitung bloß der Censur einer diesfalls von den Ständen zu ernennenden Commission unterworfen sein solle.

Ein Deputirter des Aranyoscher Stuhls unterstützte den Udoarhelyer Antrag, denn, wenn durch die Herausgabe einer Landtagszeitung das Redemagazin auch nicht völlig ersetzt werde, so werde sie doch zwei Vorzüge, Schnelligkeit und Wohlfeilheit, besitzen. Es gebe unbemittelte Leute, welche das Redemagazin nicht anschaffen könnten. Sollte aber die Landtagszeitung nicht zu Stande kommen, so wünsche er seiner Instruction gemäß wenigstens so viel zu bewirken, daß den Berichterstattern der bestehenden Zeitungen ein angemessener Platz im Landtagssaale eingeräumt werden möge.

Ein Deputirter von Innerzsolnok wünscht ebenfalls das baldige Zustandekommen des Journals; den gemachten Antrag glaube er, der Deputation zuweisen zu müssen; bis diese ihr Gutachten nicht abgebe, und der Präsident den Ständen seine diesfälligen Vorkehrungen nicht mittheilen werde, bis dahin wünsche er, daß die weitere Debatte hierüber verschoben werden möge.

Ein Deputirter des Koloscher Comitats ist auch der Ansicht, es solle der Udoarhelyer Antrag bis später verschoben werden. Daß Deffentlichkeit die Seele des constitutionellen Lebens sei, beweiße dieser Saal, welcher dem Publicum offen stehe; aber die Wände seien für die Deffentlichkeit zu enge Schranken, damit sie nachhaltig wirke, müsse sie unbeschränkt sein. Auf Grundlage seiner Instruction müsse er den doppelten Antrag stellen: die Stände mögen für die Berichterstatter der Zeitungen einen angemessenen Platz in diesem Saale anweisen, und fürs zweite das k. Gubernium auffordern, die Hindernisse, welche einer freieren Bewegung der Tagespresse gesetzwidrig entgegenstünden, zu beseitigen.

Ein Regalist. Die Stände sollten in dieser Sitzung darüber beschließen, ob die gewünschte Landtagszeitung zu Stande kommen solle oder nicht? In einer Beziehung stimme er mit dem Udoarhelyer Deputirten nicht überein, daß nämlich die Landtagszeitung durch die Stände censurirt werden solle; er halte dies nicht für zweckmäßig, denn er unterscheide das Protocoll und die Landtagschriften, als diplomatische Daten, welche die Stände zu prüfen hätten und so zu sagen dafür verantwortlich seien. Daß aber die Stände die Artikel einer Landtagszeitung prüfen sollten, halte er nicht für gut, weil dadurch die Freiheit der Presse verlegt werde; übrigens müsse eine Zeitung auch andere enthalten, als das Redemagazin. (Beifall.)

Präsident: Es ist den Zeitungen während diesem Landtag eine freiere Bewegung als früher zugestanden worden; was in diesem Saale verhandelt wird, dürfen sie

mittheil  
sie sich  
wie die  
licums  
Bericht  
vorgese  
können.

nachträ  
welche  
Deputi  
Haupte

immer  
Freiheit  
keine  
Erwar  
übrigen  
erkläre  
Presse  
Lande,  
aber d  
könne  
sich ni

ter ver  
sie abe  
züglich  
der L  
Deput  
des M  
ten: s  
Gegen

Aussp  
schluß  
schloß  
möchte  
tation

sigung  
der vo  
fungst  
aber  
Sept.  
Prüf  
intere  
lungen  
Numm

wurde  
verha  
Bezie  
vom  
sen,  
de  
höch

mittheilen. Ubrigens ersuche ich die löbl. Stände, bevor sie sich weiter in diesen Gegenstand einlassen, abzuwarten wie die Zeitungen den Wünschen und Absichten des Publicums entsprechen. (Beifall.) Was den Platz für die Berichterstatter der Zeitungen betrifft, so ist dafür bereits vorgesorgt, daß sie ohne allen Lärm ihre Notizen machen können.

Ein Deputirter des Udvarhelyer Stuhls bemerkte nachträglich, daß er eine derartige Zeitung beantragt habe, welche ein wirkliches Journal sein solle, wodurch sich die Deputirten vollkommen rechtfertigen könnten und deren Haupterforderniß das schnelle Erscheinen sein solle.

Ein Regalist. Sei die Zeitung von welcher Art immer, so ist sie doch kein Surrogat des Journals; wo Freiheit der Presse besteht, hat eine Landtagszeitung gar keine Bedeutung. Wenn die bestehenden Zeitungen den Erwartungen entsprechen, ist keine Landtagszeitung nöthig; übrigens müsse man nach des Redners Ansicht feierlich erklären, daß die Stände den dormaligen Stand der Presse nicht für befriedigend halten könnten. In einem Lande, das eine Verfassung besitze, in einem Lande, wo über die Beschränkung der Presse gar kein Gesetz bestehe, könne ein freier Bürger mit einer solchen Oeffentlichkeit sich nicht begnügen.

Präsident: Wenn die Stände diesen Gegenstand weiter verhandeln wollten, werde er sie nicht hindern; sollten sie aber darin übereinkommen, daß die Vorkehrungen bezüglich der Prüfung und Drucklegung des Protocolls und der Landtagschriften die Aufgabe einer zu ernennenden Deputation, bezüglich der Art und Weise der Redaction des Redemagazins aber Aufgabe des Präsidenten sein sollten: so könne man vielleicht die Beratungen über diesen Gegenstand schließen. (Beifall.)

Der eine Hermannstädter Deputirte unterstützte den Ausspruch des Präsidenten; welcher denn auch zum Beschluß erhoben wurde, und Sr. Excellenz der Präsident schloß die Sitzung mit der Aufforderung: die Stände möchten ihre Stimmzettel zur Wahl der Prüfungs-Deputation künftigen Montag in die Sitzung mitbringen.

In der am 14. September abgehaltenen 4. Landtags-sitzung wurden nach einigen Debatten über das Protocoll der vorigen Sitzung die Stimmzettel zur Wahl der Prüfungsdeputation abgegeben, die Durchsicht derselben konnte aber nicht beendet werden, welches erst in der am 15. Sept. abgehaltenen 5. Sitzung erfolgte, wo auch bezüglich der Prüfung des Verzeichnisses der Landtagsmitglieder eine interessante Debatte entstand. Die weitläufigeren Mittheilungen über beide Sitzungen folgen in der nächsten Nummer.

In der sechsten Landtags-sitzung am 17. Sept. wurde das Verzeichniß der Landtagsmitglieder weitläufig verhandelt, worüber der Beschluß dahin ging, in dieser Beziehung die diesfälligen Beschwerden, wozu außer jenen vom Jahre 1841 noch die Wahlart des Grafen der Sachsen, welche nicht auf dem Wege der Gesetzgebung zu Stande gekommen sei, hinzugesetzt wurde, zu seiner Zeit allerhöchsten Orts zu repräsentiren, und wurde der Präsident

zugleich ersucht, die Absendung von Deputirten für die nichtvertretenen Gerichtsbarkeiten zu vermitteln.

In der siebenten Sitzung am 19. Sept. wurden als Vorarbeit zu der in der ersten königl. Proposition bestimmten Kanzlerwahl vorläufig die Wahlprinzipien festgestellt, welche so ziemlich dieselben sind, welche im Jahre 1841 festgesetzt worden.

Die Wahl des Kanzlers ist auf den 21. d. M. festgesetzt. (Ausführlicheres über diese Sitzungen werden wir in unserm nächsten Blatte mittheilen.

(Erd Hirado.)

#### Δ Aus den Comitaten. (Fortsetzung.)

Die Udvarhelyer Stuhlsversammlung fand statt am 21. und 22. August. Der Berichterstatter über dieselbe ergießt sich im Erd. Hir. ebenfalls in Klagen über den schläfrigen Geist der betreffenden Stände. Es seien im Ganzen nur drei Individuen gewesen, welche sich die Wahl gewünscht und angesprochen hätten, und zwar aus den drei in diesem Stuhle einheimischen und recipirten Confessionen, so daß an keine Rivalität zu denken gewesen. »Einem von diesen Dreien,« heißt es in betreffenden Berichte, »gaben seine wohlmeinenden Freunde den Rath, zu Hause zu bleiben, und sich öffentlich die Wahl zu verbitten, damit ein darüber tiefes Bedauern aussprechender Protocollspunkt darthue, daß man über ihn den Stab noch nicht gebrochen habe; er möchte das auch darum thun, weil, wie verlautet, die beiden andern Rivalen, es mit ihrer öffentlichen Ehre unverträglich hielten, mit ihm zugleich deputirt zu werden. (Und das Gerücht war nicht grundlos). Er aber war unbeugsam, und vermittelte endlich bei den übrigen Prätendenten, daß er als 3-ter Deputirter auftreten dürfe, so zwar, daß er gleichsam als Ersatzmann beim Beginne des Landtages während der Wahlen an der Stelle eines der beiden andern dort gegenwärtig sei.« Mit den Wahlzetteln soll nach unserer Quelle es eben auch nicht richtig hergegangen sein, so daß das Plänchen gelang, der »Ersatzmann« wirklich gewählt wurde, und Udvarhely also statt zweier, drei Deputirte hat. Deputirte wurden durch einstimmige Acclamation Freih. Mik. Wesselenyi, durch Abstimmung Graf Johann Bethlen d. j. und Joseph Szombatsalvi. Offene korteskedés hat, wie der Berichterstatter (wie es scheint, mit Bedauern) äußert, keine statt gefunden, weil eben Niemand vorhanden war, gegen wen.

Aus der Instruktion gibt der Hirado folgendes an: die Udvarhelyer Deputirten werden zur Urbarial- und Steuerfrage nicht sprechen, bis sie nicht nach Durchsicht der diesfälligen Operate der system. Deputationen besondere hierherbezügliche Weisung erhalten. (sic!) In Betreff des Instruktionspunktes, daß die Deputirten, wenn sie in irgend einer Angelegenheit ihre Instruktion unzulänglich fanden, sich an die dem Geiste ihrer In-

Instruktion am meisten verwandte Ansicht anschließen sollten, entstand die Frage, ob der Udvarelyer Stuhl es mit der Regierung oder der Opposition halten solle? Die Frage blieb ohne zu Protocoll gegebene Antwort. —

Aus der den 18. Aug. gehaltenen sehr zahlreich besuchten Zarander Komitatsversammlung. Obwohl auf dem vorigen Landtage der Komitat durch seine Deputirten erklärt hatte, daß derselbe, bevor er aus seiner durch den Gesezartikel des ungarischen Reichstages über seine Wiedervereinigung mit Ungarn veranlaßten zweifelhaften Stellung nicht befreit würde, weder auf den ungarischen Reichs- noch auf den siebenbürgischen Landtag Abgeordnete schicken werde, so wurde in Anbetracht der regen Wechselverhältnisse, welche den Komitat an Siebenbürgen noch immer knüpfen und weil die Frage der Wiedervereinigung mit Ungarn noch immer da steht, wo sie vor Jahren stand, und ihre Lösung im Dunkel der unsicheren Zukunft liegt, — beschlossen, damit nicht den Komitat betreffende siebenbürgische Geseze — *de nobis sine nobis* — gebracht würden, den Landtag mit Deputirten zu beschicken. — Gewählt wurden: Untergespan Dionis Kozma und Tafelrichter Martin Bihari. — Beiden ertheilt der Bericht des Hirado der uns zur Quelle dient, unzweideutiges Lob. Zugleich wurde ein Ersazmann (*pótló*) in der Person des Antsán Vater nai gewählt. Alle drei durch Acclamation. Ueber die Instruktion wird nichts Näheres berichtet. Sie ist von einem Ausschusse im Voraus entworfen, und von der Komitatsversammlung angenommen worden. Was den Geist derselben betrifft, so haben die Deputirten, wie der Bericht sagt, keine Ursache sich derselben zu schämen.

(Fortsetzung folgt.)

## Ausland.

### Böhmen.

Die »Bohemia« bringt aus dem Lager folgende Mittheilung vom 6. September: »Gestern vom Mittag an wurde der Einmarsch der Truppen erwartet, welche vom 4. auf den 5. bei Budin bivouacirten und von da fort manövrirend theils das Lager, theils ihre Cantonirungen beziehen sollten. Schon vor 2 Uhr sah man in der Gegend des Hasenberges eine ungeheure Staubwolke, die immer näher und näher sich die Höhen herabwälzte, bis man endlich durch gute Fernröhre, später auch mit freien Augen die Truppen erblickte. Nachdem sie bei Leutsch-Copist vor Sr. Durchlaucht dem Fürsten Windischgrätz defilirt, begann gegen 5 Uhr die Ein-

rückung. Grenadiere, die Infanterieregimenter Latour und Wellington und ein Bataillon Jäger bezogen ihre Garnison in Theresienstadt, wo zugleich das Hauptquartier ist, 3 Bataillons Jäger und die übrige Infanterie marschirten durch den Kessel über eine über die Eger geschlagene Pontonbrücke in ihr Lager, das sich von Bömisch-Copist bis Pocapl erstreckt. Die leichten Cavallerieregimenter cantonniren in Dörfern, die Dragoner aber, so wie die Artillerie haben ihr Lager an der Leitmeritzer-Theresienstädter Straße bis zum Dorfe Prosimif. Trotz dreitägiger Strapazen in Staub und Hitze ist das Aussehen der Truppen ganz trefflich. Den Bataillons, welche über die Straße ungenügend und rauchend mehr tanzten und sprangen als marschirten, sah man keine Ermüdung an, so sehr auch ihre gebräunten Gesichter von Schweiß mit Staub und Pulver gemischt triefen. Ein Glück für sie war es, daß die große Tageshitze durch ein kühles Lüftchen etwas gemildert wurde. — Für die Verpflegung der Truppen ist auf das Beste gesorgt, von Restaurationen wimmelt es längs des ganzen Lagers: Wein, Bier, Schnaps ist in ungeheuren Quantitäten vorhanden, und das tägliche Consumo von Fleisch wird auf 80 Cent. geschätzt. In Leitmeritz werden die ganze Zeit des Lagers hindurch, statt des bisherigen Einen, zwei Wochenmärkte gehalten, damit der gesteigerte Bedarf an Lebensmitteln gedeckt werde. Das Leben im Lager und der ganzen Umgegend läßt sich bisher nicht schildern, verspricht aber ungemein bewegt zu werden. In Leitmeritz, das ohnehin seit Beginn der vermehrten Dampfschiffahrt außerordentlich an Leben gewonnen, ist bereits ein ansehnlicher Zuwachs an Bevölkerung zu bemerken. Sehr viele Personen hohen Standes haben hier während des Lagers Quartiere bezogen. Wenn, wie verlautet, die Dauer des Lagers um acht Tage verlängert wird, können die Gäste vielleicht gar noch der Weinlese beiwohnen, die man bei dem heurigen, überaus günstigen Wetter zu Wenceslei abhalten zu können hofft. Man erwartet von dem zu gewinnenden Weine, daß er dem Eisler an Qualität gleichkommen werde.«

### Spanien.

Die Spanier sind mit der Heirath ihrer Königin sehr zufrieden. Aber desto stürmischer ist man gegen die Vermählung der Infantin Luisa mit dem französischen Prinzen Herzog von Montpensier. Die Fortschrittspartei möchte den zweiten Sohn vom Don Francesco de Paula zum Manne der Infantin, und will alles aufbiethen das Heirathsprojekt zu nichte zu machen. Auch die Engländer sind nicht gut auf die französische Heirathsangelegenheit zu sprechen.